

Selbstbeschreibung der Bundesarbeitsgruppe Gesundheit/Illegalität

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Jeder Mensch hat das Recht auf ein für ihn erreichbares Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit (Artikel 12 Abs. 1 des UN-Sozialpaktes). Dies gilt vollkommen unabhängig von Herkunft, sozialem oder aufenthaltsrechtlichem Status oder anderen Merkmalen.

Das deutsche Grundgesetz mit seinem Bekenntnis zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten verpflichtet Staat und Gesellschaft, einen ungehinderten Zugang zu einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung für die gesamte Bevölkerung sicherzustellen, einschließlich sozialer Gruppen in besonders prekären Lebenslagen.

Für Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität ist de facto dieser ungehinderte Zugang zu medizinischer Versorgung nicht gewährleistet. Insbesondere ist die Finanzierung ihrer Gesundheitsversorgung ungesichert. Bei Inanspruchnahme von Sozialleistungen drohen die Meldung an die Ausländerbehörde und die Abschiebung. Der Staat wird diesen Personen gegenüber seiner Pflicht nicht gerecht, mit aktiven Maßnahmen sicherzustellen, dass alle Menschen sanktionslos von ihren grundlegenden Rechten wirksam Gebrauch machen können.

Vor diesem Hintergrund ist im März 2006 die Bundesarbeitsgruppe Gesundheit/Illegalität ins Leben gerufen worden. In ihr haben sich Sachverständige aus der Wissenschaft, der medizinischen Praxis, aus Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Kommunen und verschiedenen nichtstaatlichen Organisationen zusammengefunden.

Ihre Aufgabe ist es,

- in der Öffentlichkeit und in der politischen Diskussion für die Verwirklichung des Menschenrechts auf Gesundheit auch für Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität einzutreten;
- aus der praktischen Erfahrung die aktuellen Hindernisse zu benennen und zu analysieren, die einem Zugang zur Gesundheitsversorgung für Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität entgegenstehen;
- praxisrelevante Vorschläge für eine Beseitigung dieser Hindernisse zu entwickeln und in die Diskussion einzubringen;
- den Informationsaustausch unter den relevanten Akteuren sicherzustellen.

Die Mitarbeit in der Bundesarbeitsgruppe steht allen interessierten Organisationen offen.

Gezeichnet durch (Stand 14.03.2017):

- *Ärzte der Welt e.V. Doctors of the World Germany*
- *Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folter (BAfF) e.V.*
- *Deutsche AIDS-Hilfe e.V.*
- *Dr. Thomas Buhk, Facharzt für Innere Medizin, Infektiologie ICH Hamburg*
- *Dr. med. Ulrich Clever, Menschenrechtsbeauftragter der Bundesärztekammer*
- *Deutsches Rotes Kreuz*
- *Diakonie Deutschland*
- *Prof. Dr. Christoph Heintze M.A., MPH, Charite – Universitätsmedizin Berlin, Institut für Allgemeinmedizin*
- *Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland*
- *Kampagne Gesundheit für Geflüchtete von Medibüros/Medinetzen*
- *Katholisches Forum Leben in der Illegalität*
- *Malteser Hilfsdienst e.V., Malteser Migranten Medizin Berlin*
- *Medibüro Berlin – Netzwerk für das Recht auf Gesundheitsversorgung aller Migrant*innen*
- *Medinetz Mainz e.V.*
- *MediNetzBonn e.V.*
- *Medinetz Ulm e.V.*
- *Medizinische Flüchtlingshilfe* bzw. das MediNetz Bielefeld*
- *Verein für Innere Mission in Bremen – Beratungszentrum*
- *IBIS – Interkulturelle Arbeitsstelle e.V. Oldenburg*



Kontakt: *Dr. med. Anja Dieterich, MPH
Grundsatzfragen der gesundheitlichen Versorgung
Zentrum Gesundheit, Rehabilitation und Pflege
Telefon: +49 (0)30 65211 1664
E-Mail: anja.dieterich@diakonie.de
Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Caroline-Michaelis-Str. 1, 10115 Berlin
www.diakonie.de*